

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FÜR DEN  
GEGENENTWURF ZUR PREISÜBERWACHUNG

Postfach 4027, 3001 Bern, Tel. 031 / 22 88 54, PC Bern 30-5503

---

An die Medien

Bern, 15. November 1982

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Diskussion über die Preisüberwachungs-Initiative und den Gegenentwurf der Bundesversammlung ist nun in die letzte Phase getreten. Bis zum Urnengang sind es noch gut zehn Tage. Wir gestatten uns deshalb, Ihnen wiederum zwei Beiträge zum freien Abdruck zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE  
FÜR DEN GEGENENTWURF ZUR PREISÜBERWACHUNG

NR Dr. F. Auer    NR Dr. K. Basler    SR G. Genoud

Beilagen erwähnt

Einmal Nein und einmal JaZur Preisüberwachungs-Abstimmung

von FDP-Nationalrat Dr. Felix Auer, Bottmingen BL

Der Preisstopp, die weniger rigorose Preiskontrolle und die etwas mildere Preisüberwachung haben mindestens dreierlei gemeinsam: Erstens sind sie keine Idee von heute, sondern schon uralte: König Hammurabi versuchte es vor rund 3'700 Jahren damit; im alten Rom wollte Kaiser Diokletan mit Lohn- und Preisstopp der Inflation Herr werden, und im Mittelalter gab's für die Ueberschreitung von staatlich festgelegten Höchstpreisen mitunter die übliche Prügelstrafe.

Wirkungslos, aber populär

Das zweite: die Eingriffe haben à la longue allemal nichts genützt: Hammurabi gelang zwar die Wiedervereinigung Babylons, nicht aber die Eindämmung der Preise. Diokletan besiegte zwar Kaiser Carinus, nicht aber die seine Höchstpreisvorschriften überschreitenden Preise. Auch die mittelalterliche Prügelstrafe fruchtete wenig, und dass auch humanere Strafen nicht viel nützen, beweisen die Erfahrungen verschiedener Länder in der Neu- und in der neuesten Zeit.

Und die dritte gemeinsame Eigenschaft: Preiseingriffe waren und sind allemal populär. Denn von Preiserhöhungen werden wir (fast) alle betroffen. Die preisherlaufsetzenden Produzenten und ihre Arbeitnehmer freilich sind stets in Minderheit. Sie scheinen mächtig und ihre Preise willkürlich.

Vor allem Wettbewerb!

Preise sind weder willkürlich noch "gerecht". Sie ergeben sich zum einen aus den Herstellungskosten eines Produkts, zum andern aus den Marktkräften: dem Spiel von Angebot und Nachfrage. Der wirksamste Preisüberwacher ist daher ein möglichst einwandfrei spielender Wettbewerb, und dieser ist - nicht zuletzt wegen der

Konkurrenz des Auslandes - weit härter, als vielfach nach aussen sichtbar wird. Bedenkt man, dass Hausfrauen vor allem die Preise der Güter des täglichen Bedarfs miteinander vergleichen, mutet es etwas merkwürdig an, dass die Preisüberwachungs-Initiative, über die wir am 28. November an der Urne zu befinden haben, just von Organisationen der Konsumentinnen ergriffen worden ist. Denn gerade bei Lebensmitteln und Textilien ist der Preiskampf vielfach ruinös. Das "Lädelisterberben" zeugt davon und hat seinerseits zu einer Initiative geführt, die das durch niedrige Preise verursachte Verschwinden der Tante-Emma-Läden steuern will...

Werden die Preise ständig überwacht, wie die Initiative es verlangt, so erfordert dies nicht nur einen zusätzlichen Beamtenapparat und grossen administrativen Aufwand aller zum Preismelden und -belegen verpflichteten Produzenten. Die Preisüberwachung wirkt nach einiger Zeit erfahrungsgemäss kontraproduktiv, denn der staatliche Eingriff in den Marktmechanismus bringt dessen gesunde Kräfte zum Erlahmen. Einheitliche Kosten- und Kalkulationsschemas und damit zusätzliche Kartelle und zusätzliche Konzentration wären die Folge. Ueberdies ist kein Produzent geneigt, staatlich abgeseignete Preise herabzusetzen.

#### Ein vernünftiger Gegenvorschlag

Ohne Zweifel populär waren auch die beiden vom Bund 1973 bis 1978 eingesetzten Preisüberwacher, besonders weil sich etwa gleichzeitig die Preise verminderten - freilich als Folge der anderen staatlichen Steuerungsmassnahmen, vor allem aber der veränderten, die Importe verbilligenden Wechselkurse!

Der Nutzen der damaligen Preisüberwachung ist zwar umstritten, doch kann ihr eine gewisse positive psychologische Wirkung nicht abgesprochen werden; sie war zudem kein etatistischer Soloturk, sondern eingebettet in ein Bündel anderer Massnahmen gegen die Inflation. Deshalb auch will der Gegenentwurf der Bundesversammlung, über den wir ebenfalls am 28. November abzustimmen haben, statt der von der Initiative geforderten Dauerinstitution

eine zeitlich befristete und "mildere" Preisüberwachung wieder ermöglichen - allerdings nur, wenn konjunkturelle Gründe dies als notwendig erscheinen lassen, nur im Rahmen weiterer Massnahmen und dannzumal nicht wieder aufgrund von Dringlichkeits-, sondern von ordentlichem Recht.

Der Staatseingriff à la Initiative ist entschieden abzulehnen, dem Gegenvorschlag - einer vorübergehenden Preisüberwachung in Notlagen - darf auch von einem Anhänger der Marktwirtschaft zugestimmt werden.

Populär - aber nur in Notzeiten nötigIllusionen um die Preisüberwachungs-Initiative

(sh.) - Die Preisüberwacher Schürmann und Schlumpf waren populär. Aber sie waren im weltweiten Wirtschaftsgeschehen trotzdem bloss "Randfigürchen". Viel stärker als Leo und Leon beeinflusste - und beeinflusst auch heute - der Markt das Geschehen an der Preisfront. Ein Beispiel: Wenn drei Tea-Rooms dicht beieinander liegen, so kann sich keines leisten, das Café-Crème 20 Rappen teurer zu verkaufen. Auch wenn das ein Preisüberwacher erlauben würde. Die Kundschaft liefe zur Konkurrenz. Der Markt würde also wirken.

Die Preisüberwachungs-Initiative ist also überflüssig. Sie verursacht jährlich ein Dutzend Millionen Aufwand, ohne dass für den Konsumenten auch nur das geringste herauskommt. Zwar behauptet die Initiative, es gebe bei uns "zu wenig Markt", dieser werde von Mächtigen beherrscht und missbraucht. Die Mächtigen müssten überwacht werden. Diese Behauptung stimmt ganz einfach nicht. Gerade die Mächtigen (man denke an Coop und Migros) liefern sich einen so scharfen Preiskampf, dass darunter der übrige Detailhandel leidet. Darum haben - teilweise dieselben Kreise, welche die Preisüberwachung befürworten - auch eine Initiative gegen Preisunterbietungen lanciert: Gegen das Lädelersterben.

Gegenvorschlag nötig

Die Preisüberwachungs-Initiative ist überflüssig. Aber der Gegenvorschlag des Parlaments ist nötig. Er sieht vor, in Zeiten extremer Teuerung vorübergehend einen Preisüberwacher einzusetzen. Alle Teuerungsschübe der letzten Jahre wurden von einer zu grossen, vom Ausland importierten Geldmenge gleichsam "produziert".

In extremen Teuerungsphasen sind Eingriffe des Staates nötig: So reduzierte er in der Vergangenheit z.B. die Kredite oder das Auftragsvolumen (Bautätigkeit). Wenn aber der Staat schon im Interesse der Allgemeinheit den internationalen und in der Folge

auch den nationalen Wettbewerb verzerrt, so erscheint es nur logisch, dass er in solchen Zeiten auch das letzte Glied in der Kette, eben die Preisgestaltung, wachsam verfolgt.

#### Kein doppeltes Nein

Ein doppeltes Nein, wie es von jenen Kreisen empfohlen wird, welche selbst in Zeiten der Not jede staatliche Lenkung bekämpfen, führt zu nichts: Die Behörden werden die Preisüberwachung in solchen Fällen auf dem Dringlichkeitsweg, also ohne Verfassungsgrundlage, einführen (müssen), wie 1936, 1939, 1972 und 1975 gehabt.

Es gibt darum am 28. November nur eine vernünftige Alternative: Nein zur Preisüberwachungsinitiative - Ja zum Gegenentwurf.

15.11.82